

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
(1 BvR 1728/19)**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 28.Aug.2019

**Neue Verfassungsbeschwerde
wegen politisch motivierter Opferkriminalisierung
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung (Sippenhaft)
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von
Pfändungsschutz-Konto und erhöhter Justizkostenbelastung,
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Daher**

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

mit Bezug zur **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005

und wegen Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren an einem

Sondergericht mit dem

Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

Albin L. Ockl, Dipl.-Ing., Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
(Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer mit Opferdiskriminierung und Opferkriminalisierung)

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegericht zu Amtsgericht Velbert:

16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu sofortiger Beschwerde, wegen Unterdrückung aller Schadenersatzverfahren am Landgericht und wegen Vollstreckung von Kosten sofortiger Beschwerden am Oberlandesgericht mit Doppelbeschluss vom 25.Juli 2019 (eingegangen am 03.Aug.2019) zur gleichzeitigen Zurückweisung von Anhörungsrüge und Ablehnungsgesuch vor richterlicher Neubesetzung der 16.Zivilkammer

Orgie von Opfer kriminalisierenden Verfahren in 2019 unter maßgebender Beteiligung der Vollstreckungsrichterin am Amtsgericht Velbert, Opfer werden bis zur Vollstreckung und darüber hinaus kriminalisiert (Sieh 16 M 122/19 gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 16.08.2019, AR 5271/19), Vollstreckung wird vor dem zugehörigen Gerichtsverfahren ausgeführt und danach im zugehörigen Gerichtsverfahren vom Landgericht bestätigt!

Aktenzeichen 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert

Aktenzeichen 16 T 194/18 Landgericht Wuppertal

mit verfassungswidriger Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
mit Todesopfer, mit Sippenhaft, mit kapitalen Vermögensschäden

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)

BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge

Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010:

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:

Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten

werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:

> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)

> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1.Mittäter am Geburtsort)

So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu den Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:

> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den

Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerde-Instanz zu den

Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2) am Landgericht Wuppertal

Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft,

mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,

mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem

Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch

Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren.

Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter

ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in

Gerichtsverfahren seit 2010.

BVERFG-22. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**

unter Mitverantwortung der Mittäter

- > **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
- > **Bayerische Verwaltung am Geburtsort mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung**
- > **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen Scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens**
- > **mit Nachrichtensperre**
- > **mit Rundfunksperre**
- > **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

BVERFG-23. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich: Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet. Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten**

BVERFG-24. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und kriminalisierender Gerichtsverfahren **Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne Schadenersatz Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**BVERFG-25. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,**

**Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von
Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019.**

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz

**zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod
(Todesopfer),**

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

**Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik
mit Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und
Hetzjagd bis in den Tod nachhaltig abgesichert**

**BVERFG-26. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von
rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und**

**mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe
nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)**

Daher mehrfach verfassungswidrig:

**Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)**

**Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung
und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,**

> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal

"politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht zu finden

**> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von
"politisch motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten**

Landgericht nicht erklärbar ist,

**> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort
und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und**

Justizsperre über eine

**gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt**

**> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in
rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal**

nachvollziehbar sehr begrenzt ist

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-25.pdf>

**Zu BVERFG-21. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge
Kriminelle Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft seit 1998 gegen eine Berliner Mauer
des Schweigens scheinbar aufzudecken. Seit 2010:
Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt:
Von Klagen über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 zu Klagen über politisch motivierte Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Aus 1 Klage an Verwaltungsgerichten
werden 2 Klagen am Landgericht Wuppertal:
> Zerschlagung 1: 2 O 70/15 (Klage gegen Haupttäter, Bundeskanzleramt)
> Zerschlagung 2: 2 O 163/16 (Klage gegen 1. Mittäter am Geburtsort)
So nicht: Trotz Prozesskostenhilfe, trotz totaler Unterdrückung von
Schadenersatzverfahren mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
den Klagen gegen das Bundeskanzleramt, trotz erdrückender Beweislage:
> Hier: Zwangseintreibung von Gerichtskosten zu den
Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf, Beschwerde-
Instanz zu den
Klagen politisch motivierter Sippenzerschlagung (Zerschlagung 1 und 2)
am Landgericht Wuppertal
Fortsetzung der Opferkriminalisierung im gesamten Gerichtsbezirk des
Landgerichts Wuppertal mit zunehmender Verfassungswidrigkeit
wegen Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Sippenhaft,
mit Kostenberechnungen für Unterdrückung von Schadenersatzverfahren
zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem
Pfändungsschutz-Konto, mit zusätzlicher Kostenbelastung durch
Schadenersatzverfahren und Opferkriminalisierungsverfahren.
Verantwortlicher Einzelrichter weg-befördert, nachrückende Richter
ahnungslos trotz Vorlage einer erdrückenden Beweislast in
Gerichtsverfahren seit 2010.**

Die angegriffenen Hoheitsakte in chronologischer Folge sind:

**Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender
Doppelbeschluss 16 T 194/18 (Anlage VB-02)**

der 16. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 25. Juli 2019

VB-02a. Zurückweisung der **Anhörungsrüge** vom 25. Feb. 2019 gegen
den Beschluss des Landgerichts vom 18.01.2019 durch Einzelrichter
Mielke (eingegangen am 13. Feb. 2019)

VB-02b. Verwerfung des **Ablehnungsgesuchs** vom 25. Feb. 2019 gegen
Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO (seit
25. Jan. 2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

**Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis des
Einzelrichters auf Verlassen des Landgerichts (Anlage VB-04)**

der 16. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18. Jan. 2019 (eingegangen
am 13. Feb. 2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25. Jan. 2019 Präsident des
Landgerichts Mönchengladbach)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018
(Anlage LGAG-2018/07-2)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018
(Anlage LGAG-2018/07)

Skandalös:

Alle Beschwerdeverfahren an der 16.Zivilkammer und zugehörige Beschlüsse am Amtsgericht Velbert sind Opfer kriminalisierend, indem sie dadurch verursacht sind,

dass **Schadenersatzverfahren** zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit kapitalen Schäden am Landgericht Wuppertal bis heute **unterdrückt werden**,
dass nur Opferkriminalisierungsverfahren wegen staatlich erzwungener Altersarmut mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutz-Konto zugelassen werden. Zu staatlich erzwungener Altersarmut hinzu kommt eine zusätzliche Kostenbelastung durch außergerichtliche Kosten und durch Kosten für Zwangsmassnahmen im Zuge von Opfer-Kriminalisierungsverfahren.

Bis heute werden die Klagen auf Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenerschlagung **von einer politischen Justiz** am Landgericht Wuppertal unterdrückt. Der ordentliche Rechtsweg gemäß Art.34 GG sollte politische Justiz ausschließen. Am Verwaltungsgericht Berlin wurde im Dezember 2014 gerade deswegen die Abtrennung der Schadenersatzverfahren vollzogen und an das Landgericht Wuppertal verwiesen. Am Landgericht jedoch wurde politische Justiz mit Opferkriminalisierung anstatt ordentlicher Gerichtsverfahren fortgesetzt.

Die Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung wurden schon in 2011 erhoben und dauern bis heute an:

> Klage-Erhebung mit Schriftsatz vom 11.03.2011 am

Verwaltungsgericht Köln (1 K 15330/11)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> Klage-Verweisung an das **Verwaltungsgericht Berlin** (VG 27 K 66.11)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

> Erneute Klage-Erhebung mit Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung mit Schriftsatz vom 15.06.2014 am

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 3)

mit Kapitel 23 (später eigenes Verfahren **2 O 163/16** am Landgericht)

Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach:

Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt. Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und

Verwaltungsgericht Regensburg: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 79)

> Klage-Verweisung an das **Verwaltungsgericht Berlin** und Fortsetzung der Klage mit Schriftsatz vom 31.10.2014 einschl. **Kapitel 23** (Bayerische Verwaltungsjustiz . . ., VG 27 K 308.14)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Scroll down after link (page 45 / 79)

> Abtrennung des Schadenersatz-Verfahrens VG 27 K 496.14 und Verweisung an das Landgericht Wuppertal: Ordentlicher Rechtsweg laut Art.34 GG.

> Erneute Klage-Erhebung am **Landgericht Wuppertal** mit Schriftsatz vom 30.03.2015 (2 O 70/15), mit Prozesskostenhilfe inklusive **Kapitel LG-10** (daraus später eigenes Verfahren **2 O 163/16** am Landgericht).

Wegen politisch motivierter Zerschlagung: Ohnmacht des Klägers vor **Bayerischer Verwaltungsjustiz** in Regensburg, München und Ansbach Verweigerung des Berufungsverfahrens durch

Bayerischen Verwaltungsgerichtshof trotz nachgewiesener Rechtsbeugung wegen fehlender anwaltlicher Vertretung, gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und des Verlustes eines Menschenlebens (Bruder des Klägers).

Keine Aussicht auf anwaltliche Unterstützung wegen verheerender Folgewirkungen durch politisch motivierte Zerschlagung des Klägers Untätigkeit des Generalbundesanwalts trotz Strafanzeige des Klägers wegen Rechtsbeugung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 1 / page 41)

> Separate Klage-Erhebung gegen Bayerische Verwaltung (2 O 163/16, Mittäter / Zerschlagung 2) gemäß Kapitel LG-10 (2 O 70/15, Zerschlagung 1) **am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 1 / page 50)

Unterdrückung der Klagen auf Schadenersatz (2 O 70/15, 2 O 163/16):

Sieh Anlage VB-10 / Anlage VB-11 > > >

Anlage VB-10 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).

Anlage VB-11 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017
> **Schriftsatz vom 25.Sept. 2017** (2 Seiten Übersicht)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>
Scroll down after link (page 41)
> **Schriftsatz vom 18.Sept. 2017** (3 Seiten Übersicht)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>
Scroll down after link (page 50)

Hier im Beschwerdeverfahren 16 T 194/18: Von der Vollstreckungsrichterin am Amtsgericht Velbert wurde nach Unterdrückung der Klagen auf Schadenersatz (2 O 70/15, 2 O 163/16) die **Vollstreckung der Gerichtskosten** am Beschwerdegericht (Oberlandesgericht Düsseldorf) trotz Prozesskostenhilfe zu den Schadenersatzverfahren **vorgezogen** und erst danach der Vollstreckungsbeschluss mit Berechtigung zur sofortigen Beschwerde nachgereicht, ohne die sofortige Beschwerde wegen der Vollstreckung abzuwarten und zu beachten.

Es geht um die Vollstreckung der
**Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am
Oberlandesgericht Düsseldorf mit erbärmlicher Untätigkeit zu
verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)**
von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)
und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)
Vorschriftsmäßig und termingerecht wurden mehrere Verfassungsbeschwerden nach den Beschlüssen des Oberlandesgerichtes eingereicht:

Sieh oben **Anlage VB-11**

Sieh **Anlage VB-07**

Beschlüsse des Oberlandesgerichtes Düsseldorf zu

**Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am
Oberlandesgericht Düsseldorf mit Untätigkeit zu
verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)**
von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)
und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)
"Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst"

Beide Beschlüsse des Oberlandesgerichtes enden mit der Feststellung: Eine

Kostenentscheidung ist nicht veranlasst. Kosten werden aber vollstreckt,
weil mit Verfassungsbeschwerden diese Beschlüsse mit erbärmlicher
Begründung bekämpft wurden und werden,
weil die Beschlüsse Grundlage der Unterdrückung von Schadenersatzverfahren
zu kapitalen Schäden sind und
weil damit alle Opferkriminalisierungsverfahren im Gerichtsbezirk des
Landgerichtes Wuppertal ohne Perspektive auf ein Ende begründet sind.

**Die Umsetzung einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik mit Todesopfer und mit Sippenhaft seit 1998
ist das Werk skrupelloser Staatsanwälte mit Weisung aus dem
Bundeskanzleramt**

Zu BVERFG-22. Gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik mit Sippenhaft, über 20 Jahre bitteres Unrecht, unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Bundeskanzleramt-Chef Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).**

unter Mitverantwortung der Mittäter

- > **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
- > **Bayerische Verwaltung am Geburtsort mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung**
- > **Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen**

Scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens

- > **mit Nachrichtensperre**
- > **mit Rundfunksperre**
- > **mit Justizsperre (Versagung von rechtlichem Gehör)**

> Wenn ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa zerschlagen wird, um eine **Umverteilung von der Digital-Branche zugunsten der Automobil-Branche in Abstimmung mit Gewerkschaften nachhaltig durchzudrücken (Zerschlagung 1, Bundestagswahl 1998),**

- > wenn seit 1998 parallel eine **Kommunalwahl als ländliche Volksjustiz gegen den Bruder des Zerschlagungsopfers aus Zerschlagung 1 missbraucht** wird und dieser mit einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd in den Tod getrieben wird (2012) und sein Anwesen in eine Zerschlagungs-Ruine verwandelt wird (**Zerschlagung 2**),
- > wenn der **öffentlich-rechtliche Rundfunk sich parallel an Zerschlagung 1 und zusätzlich mit Rundfunksperre beteiligt**, um daraus Vorteile zu ziehen (**Zerschlagung 3**),
- > wenn eine so erzwungene Altersarmut des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto für Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung (**Zerschlagung 4**) und für psychische Zerschlagung (**Zerschlagung 5**) missbraucht wird,
- > wenn Zerschlagung 1 bis Zerschlagung 5, scheinbarweise gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, als **politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Opfer-Kriminalisierung der Zerschlagungsopfer, als Werk einer weisungsgebundenen, bundesweit agierenden, skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft** aufgedeckt wird, dann ist längst Handlungsbedarf für und nicht gegen das Kriminalisierungsoffer.

Die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 sind gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbarweise aufzudecken. Bis heute sind vorgeschrieben: Nachrichtensperre, Rundfunksperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (Versagung von rechtlichem Gehör). Alle Gerichtsverfahren spiegeln den laufenden Erkenntnisstand des Zerschlagungsopfers wieder. Wahrheit muss scheinbarweise erarbeitet werden. Mutmaßlich sind der Amtsinhaber des Bundespräsidenten und die Bundeskanzlerin direkt in die Zerschlagung involviert.

Das Zerschlagungsoffer hat mit Instanz abschließender Anhöhrungsrüge und mit Ablehnungsgesuch gegen den verantwortlichen Einzelrichter (ohne Wissen von seinem Wechsel an das Landgericht Mönchengladbach) die Vorgänge mit Schriftsatz vom 25.Feb.2029 und den Kapiteln 08-10 bestmöglich beschrieben:
Sich **Anlage VB-03**

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Landgericht Wuppertal mit Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO mit Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto mit Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO mit gerichtlichem Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Kapitel 08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsoffer und einzigen Rechtsnachfolgers des verstorbenen Zerschlagungsoffer bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal getoppt

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen

Kapitel 09. Gigantische Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik:

*Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung, mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe
nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so*

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!

Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt

gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt

23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8

Mit heimtückischer Branchenumverteilungspolitik und

perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer

Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.

Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt:

Mauer des Schweigens seit 1998

Kapitel 10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren
Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Eine Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier ist unvermeidbar, weil die kriminellen Vorgänge einer heimtückischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 gegen eine Berliner Mauer des Schweigens scheinbar aufzudecken sind. **Bis heute sind nachweislich vorgegeben:**

Nachrichtensperre, Rundfunk Sperre und offensichtlich auch Vorgaben für eine politische Justiz (Versagung von rechtlichem Gehör).

Nicht nur das Zerschlagungsopfer, **sondern ganz Deutschland hat ein Recht auf vollständige Aufklärung.**

Zu BVERFG-23. Andere Abhilfe gemäß Art.20 Abs.4 GG bis heute nicht möglich: Daher grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand Opfer und Sippe des Opfers hatten nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet.

Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt Opferkriminalisierung: Sozialgerichte kriminalisieren Justizopfer zum Täter Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Werk skrupelloser Staatsanwaltschaft am Wohnort und am Geburtsort

Schadenersatzverfahren, vom Verwaltungsgericht Berlin an das Landgericht Wuppertal verwiesen, von letzterem bis heute ohne Begründung und mit Zurückweisung des Opferanspruchs auf Begründung unterdrückt mit Zwangsvollstreckung von Gerichtskosten

Der Beklagte ist das noch lebende Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Dies ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 **verdecken diese Vorgänge. Kein Weiter so!**

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 wehrt sich seit 2010 gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Sippenhaft

auf Anraten des deutschen Bundespräsidenten

und mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des jetzigen Amtsinhabers wegen direkter Beteiligung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

nach Petition an den Deutschen Bundestags in 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

nach 2 Petitionen an den Bayerischen Landtag

(letzte Petition vom 16.05.2010)

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Trotz aller juristischer Anstrengungen konnte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 5 bis heute nicht verhindern, dass es zum

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems gemacht wurde: So funktioniert das teuflische Unrechtssystem (Herrschaft des Unrechts):

Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das **Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:**

Das Justizopfer beklagt

die totale Zerschlagung seiner Identität und seiner Heimat:

Das Zerschlagungsopfer ist stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung war es gezwungen, das Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in sein Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen, jederzeit einsehbar. Niemand außer ihm war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Sieh
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationen der Digital-Branche

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmesse

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Das Zerschlagungsopfer hat mit dieser Weltklasse-Höchstleistung das Fundament der heutigen Digital-Branche gelegt. Dies wird tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998 unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Es ist eine teuflische Zerschlagung seiner Identität, tot geschwiegen mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre.

Die Rundfunksperre wurde von ARD-Redakteuren schriftlich zugegeben.

Das Zerschlagungsopfer hat seit Nov.2018 besonders zeitintensive Verfahren gegen den Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit besonderer Unterstützung durch die Staatsanwaltschaft zu bearbeiten:

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Weitere Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>

Das Zerschlagungsopfer wird von der Staatsanwaltschaft mit einer Orgie Opfer kriminalisierender Gerichtsverfahren überzogen und, wenn und weil die Zeit für die Bearbeitung in einem Gerichtsverfahren nicht mehr ausreicht, mit "bestandskräftigen Bußgeldern" abgestraft. Diese kriminalisierenden **Staatsanwälte, die verantwortlich sind für politisch motivierte Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat**, haben keine Skrupel, mit Androhung von Haftbefehlen u.a.m. derartige "Bußgelder" zu vollstrecken, ohne dass eine Beschwerde das Landgericht, geschweige denn das Bundesverfassungsgericht erreicht.

Sieh **Anlage VB-09**

Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019 Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit **Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren**

**Zu BVERFG-24. Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019
wegen Opferkriminalisierung durch Fortsetzung der politisch
motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer
Zerschlagung
mit einer staatsanwaltschaftlichen Orgie Opfer diskriminierender und
kriminalisierender Gerichtsverfahren
**Opfer kriminalisierende Verfahren mit Todesopfer und Sippenhaft ohne
Schadenersatz**
**Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und
Schadenersatz mit Beiladung der Mittäter und
mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln über Opfer kriminalisierende
Verfahren und Sippenhaft ohne Schadenersatz sind übertragbar:
Kapitel BVERFG-11(23). Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge zu
Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfer, Enteignung ohne Schadenersatz bis zu
Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
öffentlicher Rehabilitierung wegen totaler Enteignung durch eine kriminelle
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ohne Schadenersatz
**trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.**
Hier: Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch eine klagende
Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
in Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft,
mit einer hasskriminellen Orgie diskriminierender Gerichtsverfahren unter
staatsanwaltschaftlicher Steuerung
Widerstand mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inkl.
2 Anhörungsrügen und 2 Ablehnungsgesuche nach Art.20 Abs.4 GG.

Kapitel BVERFG-12(23). 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne
Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort
und am Geburtsort
mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem
Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung
mit gnadenloser Opferkriminalisierungsjustiz, in Kumpanei mit skrupellosen
Staatsanwaltschaften, unter Mittäterschaft
von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung,
von öffentlich-rechtlichem Rundfunk,
von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

Kapitel BVERFG-13(23). Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

Kapitel BVERFG-14(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!

Skandalös: Verfassungswidrige Rechtsprechung am

Landgericht Wuppertal:

Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.

Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen

Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier:

massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG,

Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG

Zugelassen: Nur Verfahren der Zerschlagungsjustiz, keine Chance auf

Schadenersatz entgegen Art. 34 GG, massive Enteignung ohne

Schadenersatz,

ohne Respekt vor Menschenleben, Grundrechten, grundrechtsgleichen

Rechten, Europäischen Menschenrechten . .

Kapitel BVERFG-15(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. auch für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und

Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Aufteilung der sozialen und psychischen Zerschlagung

(Zerschlagungen 4 und 5) auf eine diskriminierende Orgie von

Gerichtsverfahren

an einer Reihe von Gerichten im Gerichtsbezirk Wuppertal und

Düsseldorf mit perverser Rechtsprechung:

Verfassungswidrige Kombination von bürgerlichem Rechtsstreit, sozialgerichtlicher Justiz und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit wiederholter Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychischer Folter, Missbrauch von Staatsgewalt mit und ohne kriminellen Haftbefehl, mit eskalierender Verhöhnung des Grundgesetzes ("Art.1 Abs.1 GG: "Grundrecht auf Gefangennahme") . . .

unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträgers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft

Daher: **Antrag auf**

Sondergericht zu Zerschlagung 1, 2, 3, 4, 5 mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Zeugenaussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wegen seiner politischen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999-2005

für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)

Kapitel BVERFG-16(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!

Skandalös: Justiz macht sich selbst zum Fake mit geplanter Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert mit diskriminierender Reduzierung sozialer und psychischer Zerschlagung auf einen "bürgerlichen" Rechtsstreit

ohne judikativer Kompetenz für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Kapitel BVERFG-17(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats

Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit dem

Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten nach Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag

wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit Beiladung der beklagten Mittäter inkl. staatsanwaltschaftlicher Unterstützung

- > 1. Mittäter, Zerschlagung 2: Bayerische Kreisverwaltung im Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
- > 2. Mittäter, Zerschlagung 3: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks
- > 3. Mittäter, Zerschlagung 4 und 5: Beklagter Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft Wuppertal, ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

**Zu BVERFG-25. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg
70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

**09 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

**unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit extremistischer Ausuferung von staatlichen Übergriffen zu
politisch motivierter Sippenzerschlagung,
Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren
gegen das Zerschlagungsopfer in 2019.**

Von Umverteilung und Zerschlagung

zu Unterdrückung von Rehabilitation und Schadenersatz

zu Opfer-Kriminalisierung, Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter, Sippenhaft . . .

zu verruchten Methoden einer NS-Justiz

**Abgrundtiefe politischer Justiz: Kriminelle Umverteilungspolitik mit
Sippenhaft, Opferkriminalisierung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den
Tod nachhaltig abgesichert**

Opferkriminalisierung heißt, das Opfer wird verantwortlich gemacht für
**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungsjustiz unter der Verantwortung der
regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können.**

Eine skrupellose Justiz verschanzt sich hinter Rechtskraft,

Bestandskraft und "Wer-weiß-noch-Kraft", obwohl jede

Rechtsanwendung ohne Respektierung von Grundrechten,

**grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten
überhaupt keine Kraft hat.**

Opferkriminalisierung ist Hauptthema der Verfassungsbeschwerde
vom 30.Mai 2019.

**Politische Justiz ist nicht mehr in der Lage, Schuld und Unrecht zu
bewerten. Hasskriminelle Zwangsjustiz im Gerichtsbezirk nicht mehr zu
überbieten. Hilfestellung ist notwendig.**

Sieh **Anlage VB-09**

**Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren
gegen das Zerschlagungsopfer in 2019** wie bei Verfassungsbeschwerde

1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019

Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige

Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren wie mit

beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b. Sieh auch

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Anlage VB-01 /

Anlage LGW-2019-18: Diskriminierender Bußgeldbescheid des

Amtsgerichtes Mettmann vom 02.04.2019

mit Zusendung durch Staatsanwaltschaft in einer Orgie von

diskriminierenden Gerichtsverfahren, die vom diskriminierten

Zerschlagungsopfer wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit im

vorgerücktem Rentenalter nicht mehr beantwortet werden können

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht mehr respektiert werden, mit 1 Satz inkl. Schreibfehler.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24. Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>
Scroll down after link (page 38)

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren mit dem Unterschied, dass sich die NS-Justiz auf ein Ermächtigungsgesetz, legal zustande gekommen, abstützen konnte, während die vergleichbaren Notstandsgesetze heute nur in Notstand-Situationen nach legaler Einsetzung angewendet werden dürfen.

Jede Rechtsanwendung hat keinerlei Rechtskraft, wenn Grundrechte und Europäische Menschenrechte des Beklagten nicht respektiert werden, hier mit "Füßen getreten" werden.

Opferkriminalisierung in verschiedenen Variationen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> Beschwerdeverfahren an der 16. Zivilkammer nach Vollstreckung durch Amtsgericht Velbert und anschließende Zulassung einer sofortigen Beschwerde (hier)

> Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann und hasskriminelle Vollstreckung durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit 2-fachen Zwangsgeldzuschlägen durch Staatsanwaltschaft und Obergerichtsvollzieherin **nach 09 Jahren Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht**

gegen das Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Klagen hin- und hergeschoben, rum- und abgeschoben und unterdrückt
Hasskriminelle Zwangsjustiz nicht mehr zu überbieten.

Alle Beschwerdeverfahren der 16. Zivilkammer resultieren aus

21 Jahren kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungsjustiz

unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, ohne sich wehren zu können,

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Das Opfer sieht sich aus aktuellem Anlass von

>75< Jahren Widerstand wie Graf von Stauffenberg

gezwungen zum Hinweis, dass Sippenhaft und Opferkriminalisierung verruchte Methoden einer NS-Justiz waren und gerade bei ihm und seiner Sippe andauern: Anlage VB-09 (6 Seiten) liegt auch beim Bundesverfassungsgericht vor, jetzt als **Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren gegen das Zerschlagungsopfer in 2019:**

Die Opfer einer politisch motivierten Sippenzerschlagung, einschließlich von 2 Todesopfern

Zweimal politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel

> das NS-Opfer in 1945 (Vater, obwohl vom Kriegsdienst befreit),

> das Zerschlagungsoffer einer Volksjustiz der NS-Nachfolge-Generation mit einer staatsanwaltschaftlich gesteuerten Treib- und Hetzjagd bis in den Tod in 2012 (Bruder) und

> das noch lebende Zerschlagungsoffer (Unterzeichner)

haben alle ein herausragendes Lebenswerk, sogar mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in und für Deutschland und Europa vorzuweisen und waren keine Regime-Gegner seit 1998, wohl aber Regime-Gegner seit 1932.

Das Zerschlagungsoffer und seine Sippe hatten auch ein NS-Opfer, das nie Hitler-Fan gewesen ist wie Graf von Stauffenberg.

Die Väter der Schuldigen seit 1998 (Zerschlagung 2 am

Geburtsort) waren NSDAP-Parteimitglieder. Der Bruder des Zerschlagungsoffers wurde von der nachfolgenden Generation dieser NSDAP-Parteimitglieder mit Unterstützung durch skrupellose Staatsanwälte seit 1998 in den Tod getrieben. Sein Unternehmen und sein Anwesen wurde in eine Zerschlagungsruine verwandelt. Kein Weiter so! Erdrückendes Beweismaterial wurde in der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Nachweis der Sippenzerschlagung seit 1998 angeliefert.

Opfer-Kriminalisierung war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um Regime-Gegner des Nationalsozialismus zu erledigen. Das

lebende Zerschlagungsoffer war 3 Jahre alt, als **Graf von**

Stauffenberg sein Hitler-Attentat im Führerhauptquartier

"Wolfsschanze" ausgeführt hat. Dabei waren **Graf von**

Stauffenberg und seine Helfer nicht die einzigen, die sich gegen die Nationalsozialisten auflehnten: Widerstand kam aus allen sozialen Schichten und fast allen politischen Richtungen.

Sieh Verfassungsbeschwerde Seite 26.

Sippenhaft war eine verruchte Methode der NS-Justiz, um einen besonders hohen psychologischen Druck auf die Zerschlagungsoffer auszuüben.

Heimtückische Sippenhaft (sieh Zerschlagung 1 + 2), Heimtücke

scheibchenweise aufzudecken gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens, ist eine kriminelle Steigerung gegenüber der NS-Justiz.

Der Vergleich mit der NS-Justiz ist unvermeidbar, um die Schwere dieser Kriminalität aufzudecken, bewusst zu machen und die tatsächlichen Zusammenhänge herzustellen.

NS-Justiz war in 1945 am Ende. Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Opferkriminalisierung und Sippenhaft leider nicht, weil mit der Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 ein neues Kapitel aufgeschlagen wurde.

Hasskriminelle Spitzenleistung mit Heimtücke seit 1998:

Weisungsgebundene Staatsanwälte waren informiert,

die Richter waren willfährige Handlanger einer kriminellen Umverteilungspolitik,

Opfer war(en) ahnungslos und musste scheinbar die Wahrheit gegen

Nachrichtensperre, Rundfunkperre und Justizperre in jahrelangen

Justizverfahren erarbeiten

Zu BVERFG-26. Verfassungsbeschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG)
Daher mehrfach verfassungswidrig:
Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz (hier)
Antragswiederholung auf ein Sondergericht für Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung,
> weil im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht einmal zu finden
> weil für "weg-beförderten Einzelrichter" die Nicht-Auffindbarkeit von "politisch motivierter Sippenzerschlagung" im gesamten Landgericht nicht erklärbar ist,
> weil das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik nachhaltig ausgeführt
> weil das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal nachvollziehbar sehr begrenzt ist

Das Landgericht Wuppertal, geschweige denn die Amtsgerichte im Gerichtsbezirk sind nicht mehr in der Lage, politisch motivierte Sippenzerschlagung mit dem geschuldeten Respekt vor Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten des Zerschlagungsopfers in rechtsstaatlichen Verfahren zu richten. Im Landgericht wird nur Zerschlagungsjustiz zugelassen,
eine Zerschlagungsjustiz, die überhaupt nicht notwendig wäre,
wenn der geschuldete Respekt vor Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten und Europäischen Menschenrechten vorhanden wäre und die Schadenersatzverfahren in der 2.Zivilkammer nicht abgebrochen worden wären und
trotz aller Bemühungen des Zerschlagungsopfers;
trotz einer erdrückenden Beweislage nicht fortgesetzt werden konnten und können.

Das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird von der Staatsanwaltschaft Wuppertal wie ein Verbrecher ohne Rechte behandelt, mit wiederholter Freiheitsberaubung, mit psychischer Folter, mit Präsentationsfahrten des Opfers durch den Gerichtsbezirk nach Gefangennahme. Das ist Faktenlage.

Die verfassungswidrige Gerichtsstrategie im Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal
mit einer unerträglichen Diskriminierung und Kriminalisierung des Zerschlagungsopfers,

zum Schutz der staatlichen Täter, der öffentlich-rechtlichen Mittäter und der sozial-rechtlichen Mittäter sind die einzige Ursache für einen und

mit einem "Rattenschwanz von Gerichtsverfahren":

Verwaltungsgericht Berlin VG 27 K 308.14 gegen die Bundesregierung (Bundeskanzleramt),

Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 4325/18 gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Mittäter, Zerschlagung 3),

Sozialgericht Düsseldorf (S39 P 231/12, S 39 P 19/19),

Amtsgerichte im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal seit 2011:

> **Amtsgericht Mettmann** mit diskriminierenden und kriminalisierenden Schikanierungsverfahren seit 2011 unter dem Deckmantel von Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Missbrauch von Staatsgewalt und psychischer Folter,
> **Amtsgericht Velbert mit kriminalisierendem Vollstreckungsgericht** und der 16.Zivilkammer des Landgerichts als Beschwerdegericht einer Opferkriminalisierungsjustiz zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung.

Trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wurde eine bundesweite, politisch motivierte Sippenzerschlagung mit katastrophalen Auswirkungen in Gang gesetzt:
> mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
> mit kapitalen Vermögensschäden und
> mit einem "Rattenschwanz von Gerichtsverfahren"
> infolge der Mittäter (der staatlichen Täter, der öffentlich-rechtlichen Mittäter und der sozial-rechtlichen Mittäter) in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft und
> infolge des Opfer kriminalisierenden Missbrauchs deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung und
> infolge des Opfer kriminalisierenden Missbrauchs von Staatsgewalt für Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychische Folter
Kein Weiter so!

Darüber hinaus ist diese Verfassungsbeschwerde inzwischen auch verfassungsrechtlich mehrfach garantiert gemäß Art.93 Abs.1 Nr.4a GG:
Das Bundesverfassungsgericht entscheidet über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in **Art. 20 Abs. 4**, Art.33, Art.38, Art.101, **Art.103** und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein.

Das Zerschlagungsopfer appelliert an die verantwortliche Justiz des deutschen Rechtsstaates und an den Deutschen Bundestag und beantragt entsprechend der Tragweite der Beschuldigungen und der involvierten Staatsorgane ein **Sondergericht mit rechtsstaatlichem Verfahren und mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Chef des Bundeskanzleramtes in 1999-2005 nach Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)**

Dem "weg-beförderten Einzelrichter", als Vizepräsident seit langem involviert in die verfassungswidrigen Vorgänge am Landgericht Wuppertal und heute Präsident des Landgerichts Mönchengladbach, ist aufgefallen, dass bis heute **im gesamten Akteninhalt am Landgericht Wuppertal "politisch motivierte Sippenzerschlagung" nicht einmal zu finden ist:**

Sieh **Anlage VB-04** (Seite 2)

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis auf Verlassen des Landgerichts

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Das Zerschlagungsopfer stellt sich die Frage: "Wie ist das möglich?"

Der Beklagte ist das noch lebende Zerschlagungsopfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Sippenhaft, mit Todesopfer, mit jahrelanger Opferkriminalisierung, mit Zerschlagung der Identität und der Heimat: Dies ist das **Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften am Wohnort und am Geburtsort mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre und Justizsperre über eine gigantische Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik / Justiz seit 1998** unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998. Hier ist längst höchster Erklärungsbedarf!

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, tot geschwiegen, entrechtet. Klagen hin- und her-geschoben, rum- und ab-geschoben und unterdrückt.

Das Vertrauen des Zerschlagungs- und Justizopfers in rechtsstaatliche Verfahren am Landgericht Wuppertal ist nachvollziehbar sehr begrenzt.

Die Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz mit Zwangseintreibung von Gerichtskosten für Unterdrückung der Klagen auf Rehabilitation und Schadenersatz ist schnellstmöglich rückgängig zu machen. Das Zerschlagungsopfer hat sich in jeder Phase gewehrt, ohne seine Zerschlagung verhindern zu können.

Wann wird endlich politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Opfer-Kriminalisierung und kapitalen Schäden überhaupt zur Kenntnis genommen?

Velbert, 28.Aug.2019



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

Künstliche Intelligenz wird von der Politik seit 2018 erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen dieser Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-01 bis VB-11

Anlage VB-01

Schriftsatz vom 15.Aug.2019 mit Einspruch gegen Doppelbeschluss der 16.Zivilkammer vom 25.Juli 2019 nach Anhörungsrüge und Ablehnungsgesuch vom 25.Feb.2019

Fristgerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit einer Verfassungsbeschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine andere Abhilfe möglich:

11. Schriftsatz vom 25.Feb.2019 mit sofortiger Beschwerde nach Unterdrückung von Schadenersatzverfahren zu politisch motivierter Zerschlagung mit Sippenhaft am Landgericht, nach einer Serie von sofortigen Beschwerden, nach einer Zwangsmaßnahme in einer Orgie von Opferkriminalisierungs-Verfahren unter staatsanwaltlicher Koordination, in einer seit 1998 andauernden Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Politik u.v.a.m.

nach gleichzeitiger Zurückweisung von Ablehnungsgesuch und Anhörungsrüge ohne die Chance eines Einspruchs nach Anhörungsrüge vom 25.Feb.2019.

Daher Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit einer Verfassungsbeschwerde wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG und mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil seit 2010 keine andere Abhilfe möglich ist.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage VB-02

Opfer kriminalisierender und rechtliches Gehör ausschließender Doppelbeschluss 16 T 194/18

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 25.Juli 2019

VB-02a. Zurückweisung der Anhörungsrüge vom 25.Feb.2019 gegen den Beschluss des Landgerichts vom 18.01.2019 durch Einzelrichter Mielke (eingegangen am 13.Feb.2019)

VB-02b. Verwerfung des Ablehnungsgesuchs vom 25.Feb.2019 gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-03

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Landgericht Wuppertal mit Einspruch gegen den Beschluss vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

**mit Antrag auf Rückerstattung zu paralleler Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto**

**mit Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts
Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO**

**mit gerichtlichem Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**

08. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:
Werk einer weisungsgebundenen, skrupellosen, diskriminierenden und bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen und mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer und einzigen Rechtsnachfolgers des verstorbenen Zerschlagungsopfer bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto mit mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen am Landgericht Wuppertal getoppt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa als einziger Grund politisch motivierter Zerschlagungen

09. Gigantische Branchenumverteilungs- und Zerschlagungspolitik:
Kriminell und desaströs mit Langzeitwirkung, mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit Missbrauch verheerender Folgewirkungen
Deutschland 2000: Digitale Spitze im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitale Kolonie von USA und Fernost, Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Bei Mobilfunk und Glasfaser in Europa weit abgehängt
Digitaler Sicherheitsnotstand attraktiv für Leaker und Hacker schon im Schüleralter
2018: CeBIT Aus trotz 3-stelliger Millionen-Hilfe nach 18 Jahren seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Kein Weiter so

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt gegen eine Mauer des Schweigens: Steinmeier schweigt
23 Wahrheiten - Anlage LGAG-2019-02 Seite 8
Mit heimtückischer Branchenumverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik 1998-2005:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Alte Berliner Mauer mit Schießbefehl: 1989 gefallen.
Neue Berliner Mauer mit Missbrauch von Justiz und Staatsgewalt: Mauer des Schweigens seit 1998

10. Landgericht Wuppertal: Erfüllungsgehilfe politisch motivierter Sippenzerschlagung einer gigantischen, kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verfassungswidrigen, Menschenrechte verachtenden Gerichtsverfahren

Einspruch gegen den Beschluss 16 T 194/18 vom 18.Jan.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO an die 16.Zivilkammer

Antrag auf unverzügliche Rückerstattung einer Kontopfändung des Amtsgerichtes Velbert auf Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers

Ablehnungsgesuch gegen Vizepräsident des Landgerichts Mielke als Einzelrichter nach §42 ZPO wegen zusätzlicher Verwicklung in Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und Glaubhaftmachung der Befangenheit gemäß §44 Abs.4 ZPO

Gerichtlicher Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier zur Durchsetzung des Antrags auf Immunitätsaufhebung am Deutschen Bundestags und zur Fortsetzung seriöser Beweisführung ohne Beschädigung des Amtes des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

mit den Anlagen LGAG-2019-01, LGAG-2019-02, LGAG-2019-03, LGAG-2019-04.

Anlage LGAG-2019-01

Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Schreiben vom 15.Januar 2019 an den Präsidenten des Deutschen Bundestags

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Scroll down after link (page 5)

Anlage LGAG-2019-02

Presseinformation Nr.10 als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier mit Anlage von 23 Wahrheiten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf>

Anlage LGAG-2019-03

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 18.April 2018 mit Zurückweisung vom 10.Mai 2018 und Kontopfändungen auf Pfändungsschutz-Konto vom 8.Aug.2018 und 04.Sept.2018

Anlage LGAG-2019-04

Schreiben von Richter am Landgericht Mielke vom 07.11.2014 (Az.3132E-2591) als Nachweis, dass der heutige Vizepräsident des Landgerichts Mielke bereits in die 1.Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erziehungshaft gegen das Zerschlagungsopfer involviert war als Beleg für Ablehnungsgesuch mit Nennung eines Grundes gemäß §44 Abs.4 ZPO

Anlage LGAG-2018/07-2 im Schriftsatz vom 05.Aug.2018

Anlage VB-04

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 T 194/18 ohne Hinweis auf Verlassen des Landgerichts

der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 18.Jan.2019 (eingegangen am 13.Feb.2019) durch Einzelrichter Mielke (seit 25.Jan.2019 Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-05

Schriftsatz vom 05.Aug.2018 an das Amtsgericht Velbert mit

Einspruch gegen den Beschluss vom 26.Juli 2018 (eingegangen am 31.07.2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO und

Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 (eingegangen am
05.07.2018) und Antrag auf unverzügliche Rücknahme der
Zwangsbmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
07. Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Velbert vom 26.Juli 2018
wegen totaler Versagung
von rechtlichem Gehör nach §103 Abs.1 GG
zu extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter,
politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens,
mit kapitalen Vermögensschäden im Umfeld einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>
Scroll down after link (page 29)
Anlage LGAG-2018/07-2
Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 26.07.2018

Anlage VB-06

Schriftsatz vom 16.Juli 2018 an das Amtsgericht Velbert mit
Sofortige Beschwerde gegen Beschluss 16 M 590/18
des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018 und Antrag auf
unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme auf
Pfändungsschutzkonto bei MLP-Bank
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe
01. Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem
politisch motivierter Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter**
Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
mit Zerschlagung der Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden
im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
02. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit
Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ist
Teil eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf
rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen
Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
„herrschenden“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und
Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Missbrauch von deutscher Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

03. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu

Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

04. Gerichtsverfahren 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert
mit Fortsetzung von laufendem Missbrauch von Staatsgewalt gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
in krassem Widerspruch zu

> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragenden Persönlichkeiten als Zeugen:

Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010
zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

05. Seit 1997/1998 heimtückisch geplant und von Staatsanwälten bundesweit koordiniert:

Alle Indizien zeigen den eindeutigen Zusammenhang einer Sippenzerschlagung, die von einer angewiesenen Staatsanwaltschaft koordiniert wurde

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit dem Exzess einer brutalen Doppelzerschlagung / Sippenzerschlagung unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung (Zerschlagung 1) unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3) Zurückweisung der Justizkostenforderungen aus Missbrauch der Justiz durch das Justizopfer nach Art.20 Abs.4 GG, weil die Justizkosten den Zerschlagungstätern in Rechnung zu stellen sind

06. Zurückweisung diskriminierender Justiz:

Beschluss 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert mit

Justizkostenforderungen aus Missbrauch deutscher Justiz

Daher sofortige Beschwerde mit

Antrag auf unverzügliche Rücknahme der Zwangsmaßnahme zur Durchsetzung mit einem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss Deutschlands Problem längst erkannt und vorgetragen:

Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa muss bis heute den

Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem ertragen:

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **bundesweiter Sippenzerschlagung mit Todesfolge,**

mit Zerschlagung der Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

im Umfeld einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik

Antrag auf unverzügliche Einstellung aller Zwangsmassnahmen aus Missbrauch deutscher Justiz trotz laufender Gerichtsverfahren zu den beschriebenen Vorgängen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

mit **Anlage LGAG-2018/07**

Opfer kriminalisierender Beschluss 16 M 590/18

des Amtsgerichtes Velbert vom 28.Juni 2018

Anlage VB-07

Beschlüsse des Oberlandesgerichts Düsseldorf zu

Gerichtskosten aus sofortigen Beschwerden am

Oberlandesgericht Düsseldorf mit Untätigkeit zu

verfassungswidrigen Verfahren zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung am Landgericht Wuppertal (Sippenhaft)

von **I-18 W 36/15** (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal)

und **I-18 W 48/16** (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal)

"Eine Kostenentscheidung ist nicht veranlasst"

Anlage VB-09

Opfer kriminalisierender Exzess mit einer Orgie von Gerichtsverfahren

gegen das Zerschlagungsoffer in 2019 wie bei Verfassungsbeschwerde

1 BvR 1728/19 vom 30.Mai 2019 / Schriftsatz vom 28.Juli 2019

Schriftsatz vom 07.Juli 2019 an die Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Zurückweisung jeder Kostenverantwortung für eine blindwütige

Orgie von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren wie mit

beiliegender Mahnung gemäß Anlage LGW-2019-18b. Sieh auch

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 mit Anlage VB-01 /

Anlage LGW-2019-18: Diskriminierender Bußgeldbescheid des

Amtsgerichtes Mettmann vom 02.04.2019

mit Zusendung durch Staatsanwaltschaft in einer Orgie von diskriminierenden Gerichtsverfahren, die vom diskriminierten Zerschlagungsoffer wegen eingeschränkter Leistungsfähigkeit im vorgerücktem Rentenalter nicht mehr beantwortet werden können
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 33)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019 mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, mit 1 Satz inkl. Schreibfehler.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24. Juli 2019 mit Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Anlage VB-10 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art. 34 GG im Schriftsatz vom 13. Aug. 2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10. Aug. 2017).

Anlage VB-11 wie bei Verfassungsbeschwerde **1 BvR 1728/19** vom 30. Mai 2019

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit
> Schriftsatz vom 02. Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Okt. 2017

> **Schriftsatz vom 25. Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18. Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)